

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 18. Februar 2016, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat
Vorsitz: Stadtratspräsident Matthias Wiedmer
Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Reto Schertenleib, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Simon Werren

Gemeinderat
Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner
Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat
Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Laura Erni

Entschuldigt
Stadträte Lukas Lanzrein, Nicole Krenger, Daniel Schenk, Till Weber und Carlo Schlatter

Schluss der Sitzung 19:00 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Der Rat wählt Roman Gugger stillschweigend als Ersatz-Stimmenzähler.

10. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. Januar 2016

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

11. Teilrevision des Abwasserreglementes (SSG 821.1) sowie des Gebührentarifs zum Abwasserreglement (SSG 154.233.01)

Bericht des Gemeinderates Nr. 3/2016

Philipp Deriaz, **SAKO B+L**, erläutert das Zustandekommen der Teilrevision und geht auf einen Punkt ein, der sich deutlich ändern wird. Während bisher die Eigentümer Kontrollen über ihre eigenen Installationen durchführten, wird dies in Zukunft durch die Stadt übernommen. Das verursacht höhere Kosten. Die Koordination durch die Stadt macht aber Sinn, da die Kontrollen besser planbar sind. Der Kanton wird zusätzlich einen Beitrag von 500 Franken an die entstehenden Kosten leisten. Der Vergleich von Kosten und Nutzen hat gezeigt, dass Folgeschäden aufgrund von mangelnder Kontrolle höhere Kosten verursachen können als die Koordination von einer Stelle aus. In der Kommission kamen einige Fragen auf, die jedoch alle zufriedenstellend beantwortet werden konnten. Die Anpassung der Teilrevision macht Sinn. Die SAKO schlägt einstimmig vor, die Teilrevision anzunehmen.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, betrachtet die drei Hauptpunkte der Teilrevision als unbestritten. Sie erläutert das Geschäft. Die Fraktion der Mitte stimmt der Teilrevision und den Gebührentarifen des Abwasserreglements zu.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, stimmt der Teilrevision des Abwasserreglements und dem Gebührentarif zu. Dabei geht es unter anderem um die Übernahme von übergeordnetem Recht und neuen Definitionen. Durch die Teilrevision kann die Abwasserreinigung weiterentwickelt und zusätzlich verbessert werden, während Verunreinigungen reduziert werden. Die Gebührentarife sind nachvollziehbar und fair. Eine Umfrage in der Nachbarschaft hat gezeigt, dass sich viele private Grundeigentümer nicht über ihre Verpflichtung und die im Schadensfall eintretende Haftpflicht bewusst sind. Die Gemeinde kommt ihrer Aufsichtspflicht nach. Pro Jahr werden neu mindestens 350 private Wasseranlagen untersucht. In den meisten Fällen werden Schäden an den Anlagen gefunden. In diesem Fall wird die Gemeinde eine grobe Kostenschätzung erstellen und über die Sanierung informieren. Zudem erstellt die Gemeinde einen Vorschlag zur Kostenteilung für Abwasserleitungen mehrerer Gebäude zusammen. Die Präzisierung der gängigen Praxis im Abwasserreglement ist sinnvoll. Daraus entsteht mehr Rechtssicherheit für die Gemeinde und die Liegenschaftsbesitzer.

Michael Dähler, **SVP/FDP Fraktion**, hat lange über das komplexe Geschäft diskutiert. Auf der einen Seite wird kritisiert, dass die Stadt den Liegenschaftsbesitzenden die Verantwortung abnimmt. Auf der anderen Seite verursachte die bisherige Kontrolle der Stadt hohe Kosten. Viele Eigentümer sind sich über die Situation und ihre Verpflichtungen nicht im Klaren. Die Fraktion ist der Meinung, dass ein pragmatischer Weg zur Optimierung der Situation gefunden worden ist. Es ist gut, wenn die Stadt mit ihrem qualifiziertem Personal die Führung in der Anfangsphase übernimmt, die Verantwortung und die Kosten dann aber nach der Aufgleisung wieder an die Privaten abgibt. Der Inhalt des Geschäfts löst bei der Fraktion keine grosse Freude aus. Allerdings handelt es sich um eine pragmatische und praxisnahe Lösung. Die Wichtigkeit des Trink- und Grundwassers ist unumstritten. Die Fraktion stimmt der Teilrevision zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, geht näher auf die drei Punkte der Teilrevision ein. Mit der Gebührenanpassung aufgrund von wassersparenden Geräten ist die Fraktion einverstanden. Die Stadt Thun ist durch die Aufsichtspflicht aller Abwasseranlagen auch für private Anlagen verantwortlich. Viele Private waren

sich nicht über ihre Verantwortung bewusst. Letztendlich ist das Vorgehen auch eine Dienstleistung für den Kunden. Die BDP-Fraktion stimmt der Teilrevision einstimmig zu.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt den Räten für die positive Aufnahme der Vorlage. Dadurch wird gezeigt, dass es sich bei der Teilrevision um eine umweltpolitische Motivation handelt. Dabei geht es um Interessenschutz. Hier hat die Stadt Thun das Privileg, an der ARA Thunersee, einer der besten Anlagen in der Schweiz, angeschlossen zu sein. Er unterstreicht, dass der Gewässer- und Grundwasserschutz der Auslöser der Vorlage ist.

Der **Rat** genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Januar 2016, beschliesst:

1. Zustimmung zur Teilrevision des Abwasserreglements sowie des Gebührentarifs zum Abwasserreglement und Inkraftsetzung per 1. April 2016.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

12. Projekt GEVER Thun

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 320'000 Franken für die flächendeckende Einführung des Produktes Axioma als GEVER-System in der Stadtverwaltung.

Bericht des Gemeinderates Nr. 4/2016

Thomas Hiltbold, **SAKO P+F**, gibt die in der SAKO geführte Diskussion und Abstimmung wieder. Der Bericht des Gemeinderates und Gespräche mit Verantwortlichen haben klargemacht, dass hinter dem unspektakulären Begriff GEVER viel Positives versteckt ist. Das Projekt ist nicht aufs erste Mal geglückt. Das Geschäft wurde immer wieder verschoben. Es geht um mehr als nur Geschäftsverwaltung. Durch das System soll die Registratur von Briefen, Emails, Telefonen, Gesuchen etc. ermöglicht werden. Dabei sorgt GEVER für eine einheitliche Erfassung, Verwaltung und Archivierung und ist gleichzeitig ein Führungs- und Kontrollinstrument. Das Projekt basiert auf der Software Axioma. Hierbei handelt es sich um eine Firma, die sich auf dem Gebiet bewährt hat. Die Ergebnisse der Pilotphase waren durchaus positiv. Dank der Einführung von GEVER soll durch einheitliche Kriterien mehr Transparenz entstehen. Wirtschaftlich gesehen sorgt das System für eine höhere Effizienz, da mehr Zeit für andere Tätigkeiten bleibt. Die Digitalisierung ist ein Prozess, der nicht mehr wegzudenken ist und nicht rückgängig gemacht werden kann. Die Kosten sind moderat. Durch den direkten Kontakt zur Firma können spezifische Anliegen von Thun behandelt und massgeschneiderte Lösungen gesucht werden. Die SAKO wünscht sich für den Stadtrat eine Benutzergruppe, um vom System profitieren zu können. Die SAKO P+F stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Die **Fraktion Grüne**, so Stadtrat Thomas Hiltbold, schliesst sich der Meinung der SAKO P+F an.

Martin Allemann, **SP Fraktion**, weist auf den langen Weg hin, den die Digitalisierung und solche Projekte manchmal brauchen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass das Projekt gut begleitet wird. Die Kommission P+F hat dies glaubhaft dargelegt. Die SP-Fraktion unterstützt den eingeschlagenen Weg und stimmt dem Antrag einstimmig zu. Sie dankt dem Gemeinderat für die fortschrittliche Haltung.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, findet es sinnvoll, eine flächendeckende Einführung von GEVER anzugehen. Das Projekt erscheint positiv. Tendenziell wird heute elektronisch mehr archiviert als in Papierform. GEVER kann als Mobilfunktion mit Fernzugriff genutzt werden, zum Beispiel im Polizeiinspektorat. Durch das Projekt sollten sich aufgrund von schnelleren Suchabläufen Einsparungen ergeben. Laufende Verbesserungen können eingebracht und umgesetzt werden. Die Umstellung sollte so schnell wie

möglich erfolgen. Durch eine gute Schulung und Dokumentation kann Doppelspurigkeit vermieden werden. Die Fraktion der Mitte stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Zeitgerechte Arbeitsinstrumente sind für alle wichtig. Mit dem Projekt können die Bedürfnisse der Mitarbeitenden berücksichtigt werden, wodurch diese effizienter arbeiten können. Zudem können Dokumente sauber geordnet abgelegt werden. Die von der Stadt ausgehandelten Bedingungen sind lobenswert. Die BDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Serge Lanz, **SVP/FDP Fraktion**, erläutert die 4-Säulen-Analyse des Projekts. Hierbei wurden die Lösung, Finanzierung, Akzeptanz sowie die politische Seite des Ganzen genau betrachtet. Politisch gesehen hat die Stadt einen Kampf um die Standardisierung der Archivierung geführt. Immer wieder wurde das Projekt verschoben. Am Ende ist der Gemeinderat nach einer Schriftgutanalyse nicht darum herumgekommen, den Projektauftrag zu formulieren. Der Gemeinderat hat dies sehr gewissenhaft und praxisorientiert erledigt. Die Frage ist nun, wie und wann das System eingeführt wird. Der Projektauftrag ist da, der Zeitpunkt ebenfalls. Das Produkt ist im kantonalen Informatikumfeld besonders bekannt. Bei Axioma handelt es sich um den Marktführer in der Deutschschweiz mit einer riesen Erfahrung. Finanziell sieht das Projekt vertretbar aus. Die Stadt hat sehr gut verhandelt. Der vereinbarte Preis beinhaltet nicht nur die Aufstellung, sondern auch Weiterentwicklungen des Projekts, wie zum Beispiel Vertragsverwaltung, Behördenverzeichnis, Sitzungsgeldabrechnungen, Posteingang und Standardapplikationen etc.. Während des Pilotprojekts wurde ein Kompetenzzentrum geschaffen, das bei der heiklen Aufgabe der Systemeinführung als Ansprechstelle dient. Die Verantwortlichen in den Abteilungen müssen ihre Abläufe, Businessprozesse und Anwendergruppen aktiv erfassen und die Leute instruieren. Es geht nicht nur um Daten und Archivierung. Heutzutage entstehen Daten, die gedruckt, gespeichert und publiziert werden. Mit dem Projekt besteht die Möglichkeit, sich bei der Publikation der Daten weiterzuentwickeln. Die SVP/FDP-Fraktion nimmt die Vorlage einstimmig an und dankt für die ausführliche Arbeit.

Stadtpräsident Raphael Lanz dankt den Verantwortlichen für die Aufgleisung. Der Gemeinderat hat nach der positiven Pilotphase ein gutes Gefühl und möchte mit dem Projekt vorwärts machen. Es werden weitere Hürden, so zum Beispiel die Akzeptanz bei den Usern, kommen. Bisher kamen allerdings viele positive Rückmeldungen, was eine gute Voraussetzung für die Akzeptanz bei der Einführung ist. Der Gemeinderat hofft darauf, dass GEVER bis am 1. Januar 2017 in der gesamten Stadtverwaltung eingeführt ist.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstaben a und b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. Januar 2016, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 320'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1810.5200.001 (Bilanzkonto Nr. 14200.01.01) für die flächendeckende Einführung des Produktes Axioma als GEVER-System in der Stadtverwaltung Thun.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

13. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2015 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 5/2016

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist froh, dass sich die Verantwortlichen der Stadt Thun um die Datensicherung kümmern und das Thema ernst nehmen. Er weist auf ein Beispiel aus den USA hin, bei dem ein Krankenhaus erpresst wurde und nicht mehr auf die eigenen Daten zugreifen konnte. Die Stadtverwaltung Thun wäre durch einen solchen Vorfall lahmgelegt. Die Datensicherung und -sicherheit hat erste Priorität. Er dankt dem Gemeinderat für die vorerste Sistierung der Videoüberwachung. Im Namen der Fraktion erinnert er den Gemeinderat an die Empfehlung, gänzlich auf die Videoüberwachung zu verzichten.

ten und hofft, dass sich der Gemeinderat auch zu diesem Schritt entschliesst. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29. Januar 2016, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2015 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

14. Postulat P 11/2015 betreffend aktive Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge

Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Till Weber (Junge Grüne), Reto Vannini (BDP), Daniela Huber Notter (BDP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2015; Beantwortung

Gemeinderat Peter Siegenthaler gibt eine persönliche Einschätzung zur momentanen Lage ab. Er erzählt von seinem Besuch im Bundesverfahrenscenter. Momentan sind auf dem Waffenplatz in Thun rund 250 Personen untergebracht. Obwohl der Betrieb nach Einschätzung des Staatssekretariats gut läuft, gab es dennoch zahlreiche Polizeieinsätze, darunter einen gravierenden. Der Gemeinderat ist sich mit dem Staatssekretariat einig, dass alle Mittel ausgeschöpft werden sollen, um solche Vorfälle präventiv zu verhindern. Zudem müssen solche Vorfälle für die betroffenen Personen Konsequenzen haben. Asylbewerber dürfen mit einem fairen Verfahren rechnen, dasselbe wird aber auch von ihnen erwartet. Er dankt den Institutionen und Ehrenamtlichen für ihre wertvolle Arbeit sowie den Abteilungen der Stadt Thun, die Arbeitseinsätze ermöglichen. Momentan kann zur Kenntnis genommen werden, dass sich die Anzahl der Asylgesuche verkleinert hat. Er betont, dass es sich dabei um eine Momentaufnahme handelt. Über die unmittelbare und längerfristige Zukunft kann nichts Verlässliches gesagt werden. Die Überbelegung in Thun ist heute nicht mehr so gross wie noch zwischen November und Januar. Im Moment liegen die wöchentlichen Zuweisungszahlen des Kanton Berns bei 50 bis 100 Personen statt wie zuvor bei 200 bis 300. Falls sich die Gesuchszahlen im 2016 etwa gleich bewegen wie im vergangenen Jahr, ist die Stadt weiterhin auf Wohnraum angewiesen. Für die 2. Phase sind nicht alle Möglichkeiten realisierbar, da nicht alle Personen für das selbstständige Wohnen in Frage kommen. Zudem reden die Vermieter mit und stellen gewisse Ansprüche. Die Stadt Thun kann sich einem Beitrag für die Kollektivunterkünfte nicht entziehen. Das Asylwesen ist letztendlich eine Verbundausgabe zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Die Gemeinden haben zwar im Grunde keine Zuständigkeit im Asylwesen, dennoch geht das Ganze aber ohne sie nicht. Er bittet die Räte um Verständnis und Nachsicht, dass die Asylkoordination Thun momentan keine konkreten Angaben und Konzepte zum Umgang mit der Situation geben kann. Schwierige Entscheidungen müssen gefällt werden, wobei Vieles von den ersten Entscheidungen abhängt. Bei den heutigen Vorstössen um das Thema Unterbringung und Wohnraumsuche handelt es sich um kurzfristige wichtige Fragen. Die langfristige Herausforderung, die Integration, ist allerdings bedeutend wichtiger. Die überwiegende Zahl der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller kommt aus Ländern mit einem völlig anderen Verständnis von Grundwert, Demokratie, Solidarität, öffentlichem Eigentum sowie Familien- und Frauenbildern. Aus diesem Grund müssen integrative Elemente gefördert werden. Dies erfordert eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Eine rasche Integration in die Arbeitswelt ist wichtig, da Integration primär über die Arbeit und Sprache erfolgt. Allerdings ist ein Grossteil der Flüchtlinge aufgrund von unzureichender Bildung vorerst nicht in der Arbeitswelt einsetzbar und wird deshalb anfangs in den sozialen Auffangnetzen landen. Für ein Gelingen braucht es neben der öffentlichen Hand die Wirtschaft, private Initiative und die Bereitschaft der Gesuchstellenden, ihren Beitrag dazu zu leisten. Offen über Probleme zu sprechen ist bei diesem Thema ein zentraler Punkt. Es ist gut nachvollziehbar, dass alle Flüchtlinge ein Einzelschicksal mitbringen. Nicht nachvollziehbar ist es, wenn Probleme verschwiegen werden. Dies führt zu vermehrt fremdenfeindlichen Stimmungen und Parolen und endet im stärker wahrnehmbaren rechtsradikalen Gedankengut. Er ist dankbar für die angekündigte parteiübergreifende Zusammenarbeit und informiert, dass auf die Unterstützung der Direktion gezählt werden kann, falls dies erwünscht ist.

Die Postulantin Alice Kropf, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Postulats und Gemeinderat Siegenthaler für seine Ausführungen. Die schriftliche Antwort des Gemeinderats hätte ausführlicher sein können. Sie macht darauf aufmerksam, dass anerkannte und vorläufig aufge-

nommene Flüchtlinge sich bereits monatelang in Zentren aufgehalten haben, in denen sie erste Deutschkenntnisse erwerben und Integrationsschritte vollziehen konnten. Sie sind bereit, in die 2. Phase überzutreten und eine eigene Wohnung zu beziehen. Das Zuständigkeitsgebiet Thun ist riesig. Der Wohnraum, der momentan zur Verfügung steht, ist häufig in ländlichem und abgelegenen Gebiet. In der Stadt Thun selbst gibt es kaum Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge der Phase 2. Der Kanton hat vor kurzem auf den Mangel an Wohnungen für Flüchtlinge aufmerksam gemacht und die Gemeinden dazu aufgefordert, freie Wohnungen bei Caritas zu melden. Viele Flüchtlinge der Phase 2 blockieren wegen Wohnungsmangel Plätze in Kollektivunterkünften. Die Stadt Thun als eine der grössten Städte des Kantons wird aufgefordert, aktiv und solidarisch zu sein. Gerade zu Beginn der Phase 2 ist es ökonomisch und organisatorisch gesehen sinnvoll, wenn die Wohnungen zentral liegen, da die Flüchtlinge noch sehr viel Unterstützung benötigen. Stadtzentren bieten im Hinblick auf die Integration viele Vorteile. Dies wäre für alle Beteiligten eine win-win Situation. Als Sofortmassnahme könnte der Gemeinderat die Thuner Bevölkerung dazu aufrufen, freistehende Wohnungen bei Caritas zu melden. Um die Wohnsituation zu optimieren, würden sich mobile Bauten eignen. In anderen Städten wie Zürich wurde dies bereits erfolgreich umgesetzt. Auf überflüssigen Parkplätzen wurden Container zu temporären Flüchtlingswohnungen umfunktioniert. Einer der Vorteile von mobilen Bauten ist, dass diese einfach verschoben werden können. Auch in Thun gibt es geeignete Plätze wie zum Beispiel die Lachenwiese oder der Aarefeldparkplatz. Die Thuner Bevölkerung ist solidarisch und bereit, bei der Integration unterstützend mitzuwirken. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu. Im Moment werden politische Entscheidungen gefällt, wie mit der grössten humanitären Krise seit dem 2. Weltkrieg umgegangen werden soll. Sie erinnert daran, dass es sich bei den Flüchtlingen um Menschen mit teilweise unvorstellbaren traumatischen Lebensgeschichten handelt und ruft die Räte dazu auf, mit diesen Menschen Kontakt aufzunehmen. Momentan gibt es viele Gelegenheiten dazu, so beispielsweise im Kirchgemeindehaus an der Frutigstrasse, in der Stadtbibliothek oder in den Räumlichkeiten des KIO. Die beste Medizin gegen Abwehrhaltungen, Vorurteile und diffuse Ängste ist der direkte Kontakt zu den Menschen.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, dankt Gemeinderat Siegenthaler für seine grundlegende, wohlthuende und ehrliche Aussage. Es scheint klar, dass auf so hochkomplexe Fragen wahrscheinlich nicht sofort Antworten gegeben werden können. Der Vorstoss ist in einer Zeit mit vielen Unklarheiten entstanden. Es war anfangs nicht klar, was mit dem grossen Flüchtlingsproblem geschehen sollte und wie der Plan des Gemeinderates aussieht. Das Problem wird über die Schliessung des Bundesasylzentrums hinausgehen. Zwei weitere Vorstösse sind hängig, wovon die meisten in die Zukunft gerichtet sind. Das heutige Anliegen ist nur ein Teilanliegen. Die Fraktion ist der Meinung, dass eine Gesamtschau wichtig ist. Die schriftliche Antwort des Gemeinderates mit wenig konkreten Aussagen war enttäuschend. Insbesondere das Abschieben mobiler Bauten infolge von Platzmangel wird kritisiert. Je länger darüber diskutiert wurde, desto klarer wurde, dass wahrscheinlich wirklich viele Fragen vorerst ungeklärt bleiben. Die mündliche Antwort des Gemeinderates hingegen war überzeugend. Ein gemeinsames Angehen des Problems ist sinnvoll und wünschenswert. Die Idee eines Gesamtkonzepts, wie mit der Migration umgegangen werden kann, scheint ein guter Weg. Die BDP-Partei ist gerne bereit, dabei mitzuarbeiten. Die Fraktion folgt dem Vorschlag des Gemeinderates und nimmt das Postulat an.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für seine Antwort und schliesst sich den Vorrednern an. In der momentanen Situation probiert der Gemeinderat aktuell zu informieren. Die Fraktion findet dies wichtig. Dem Gemeinderat soll Vertrauen geschenkt werden, sodass auch bei den nächsten Postulaten vom neusten Stand aus diskutiert werden kann. Die Fraktion der Mitte stimmt der Annahme des Postulats zu.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit seinen Vorrednern nicht einverstanden. Zu einem vermeintlichen Problem wurde ein Vorstoss gemacht, der durch den Gemeinderat bearbeitet und zur Annahme empfohlen wurde. In der anschliessenden Sitzung der SAKO Si + So wurde mitgeteilt, dass kein Problem bei der Wohnungssuche in der Phase 2 vorhanden sei. Durch eine bessere Recherche wären der Vorstoss und die damit verbundene Diskussion möglicherweise erspart geblieben. Es steht fest, dass es in der Phase 2 kein Problem gibt. Das eigentliche Problem ist die Phase 1 mit den Kollektivzentren, die überlastet sind. Dabei sind vor allem Leute problematisch, die nicht in die 2. Phase überwiesen werden können. Diese bleiben zwangsläufig in den Kollektivzentren hängen und besetzen Plätze. Da das Postulat nicht das eigentliche Problem behandelt, lehnt die SVP/FDP-Fraktion das Postulat einstimmig ab.

Roman Gugger, **Fraktion der Grünen**, hat sich darüber gewundert, dass die Asylkoordination Thun tatsächlich kein Problem mit Wohnungsknappheit in der Phase 2 hat. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass die Asylkoordination Thun für das ganze Berner Oberland zuständig ist. In der Stadt Thun selbst, wo es eigentlich wichtig wäre, gibt es jedoch effektiv wenig Wohnungsmöglichkeiten für Flüchtlinge der Phase 2. Als eine der grössten Städte der Schweiz sollte Thun die Verantwortung wahrnehmen. Zudem kann den Mitarbeitenden der Asylkoordination die Arbeit erleichtert werden, indem die Wohnungen zentral liegen. Aus diesem Grund stimmt die Fraktion der Grünen für eine Annahme des Postulats.

Der **Rat** erklärt das Postulat mit 24 : 10 Stimmen als erheblich.

15. Postulat P 17/2015 betreffend Kollektivunterkunft für Asylsuchende

SP-Fraktion vom 18. Dezember 2015; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, unterstreicht, dass es bei dem Geschäft um die erste Phase geht. Sie dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme. Die Fraktion beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Kritisiert wird die wenig konkrete Antwort des Gemeinderats. Im Kanton Bern fehlen Wohnungen für beide Phasen. Sie stellt klar, dass die Kapazitätsgrenze der Asylkoordination durch die Einrichtung einer neuen Kollektivunterkunft überschritten worden wäre, solange der Betrieb des Bundesasylzentrums noch läuft, denn auch dort übernimmt die Asylkoordination bestimmte Aufgaben. Nach der Schliessung des Bundesasylzentrums Ende Mai ist es für die Fraktion zwingend, dass die Stadt Thun wieder eine Kollektivunterkunft bereitstellt. Als drittgrösste Stadt im Kanton steht Thun in der Pflicht, ein Kollektivzentrum zu betreiben. Erfahrungen aus anderen Städten haben gezeigt, dass reibungslose Abläufe und Zentren in Schulhausnähe möglich sind. Für Schulkinder besteht dabei keine Gefahr. Im Kirchgemeindehaus an der Frutigenstrasse treffen sich regelmässig Freiwillige sowie einige Schulklassen mit Flüchtlingen, um sich auszutauschen und Deutsch zu lernen. Das Postulat vom 16.12.2011 betreffend Asylzentren in Schulhausnähe ist aus diesem Grund hinfällig und macht keinen Sinn mehr. Es ist weitsichtiger, wenn sich die Stadt Thun von sich aus auf die Suche nach möglichen Zentren macht, bevor der Kanton ein Asylzentrum für die Stadt bestimmt. Es wird auf die positiven Erfahrungen hingewiesen, die mit mobilen Bauten in anderen Städten und Ländern gemacht wurden. Mobile Bauten können langfristig auch anderweitig verwendet werden, so zum Beispiel für Studenten oder für Sozialwohnungen, die auch knapp sind. Die Fraktion bittet den Gemeinderat, diese Möglichkeit aktiv zu überprüfen.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, ist sich der Ähnlichkeit der beiden Postulate bewusst. Viel des Gesagten wird unterstützt. Es wird darauf vertraut, dass der Gemeinderat vorzeitig und aktuell informiert. Die Fraktion stimmt der Annahme des Postulats zu.

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP/FDP**, informiert darüber, dass bei Asylzentren in Schulhausnähe Sorgen bestehen und diese auch berechtigt sind. Einem grossen Teil der Bevölkerung macht dies Angst. Dieser Teil der Bevölkerung sollte ernst genommen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei Unterkünften in Schulhausnähe in den meisten Fällen um Zivilschutzanlagen handelt. Bei einer Annahme des Postulates wird der fast einstimmig angenommene Beschluss aus dem Jahr 2011 aufgehoben, der das Betreiben von Asylunterkünften in Schulhausnähe untersagt. Man war sich damals im Klaren darüber, dass hier zwei verschiedene Nutzergruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen aufeinandertreffen. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Für die Fraktion wären Asylzentren in Schulhausnähe die letzte Lösung. Bevor man sich auf die Zivilschutzanlagen im Zentrum stürzt, sollten andere Möglichkeiten wie zum Beispiel Containerwohnungen oder die Umfunktionierungen von bestehenden Gebäuden in Betracht gezogen werden. Das Postulat wird von der Fraktion einstimmig abgelehnt.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass das Problem ganzheitlich betrachtet werden sollte. Die Fraktion würde gerne bei der Integration der Flüchtlinge mithelfen. Im Gegensatz zu den Postulanten ist die Fraktion der Meinung, dem Gemeinderat das Vertrauen zu schenken und das Postulat anzunehmen.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, ist davon überzeugt, dass es andere Möglichkeiten als Zivilschutzanlagen in Schulhausnähe gibt. Alle Möglichkeiten sollten vom Gemeinderat überprüft werden. Eine oberirdische Unterbringung von Flüchtlingen ist der unterirdischen vorzuziehen. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, mobile Bauten in Schulhausnähe aufzustellen. Er weist auf die Wichtigkeit einer Kollektivunterkunft in Thun, einer der grössten Städte des Kantons, hin. Möglicherweise trifft es am Ende kleinere Gemeinden, die die Auswirkungen stärker spüren als die Stadt Thun. Bei einer Verweigerung verfügt am Ende unter Umständen einfach der Kanton. Die Räte werden zu einer proaktiven Herangehensweise des Problems aufgefordert. Die Fraktion der Grünen hofft, dass Taten folgen und nimmt das Postulat an.

Gemeinderat Peter Siegenthaler schlägt vor, das Problem pragmatisch und nicht ideologisch anzugehen. Bisher hat der Kanton noch nie verfügt, was eine Qualität ist. Schlussendlich wurden im Gespräch immer Lösungen gesucht und gefunden. Dabei ist das Vertrauen wichtig. Ein Teil des Stadtrates wollte den Gemeinderat davon überzeugen, das Durchgangszentrum in Allmendingen länger geöffnet zu halten als ursprünglich vorgesehen war. Dafür hätte es sehr gute Gründe gegeben. Der Gemeinderat hat der Bevölkerung von Allmendingen jedoch versprochen, dass das Durchgangszentrum nicht länger als 1 ½ Jahre geöffnet ist. Versprochenes wurde eingehalten, was für Vertrauen gesorgt hat. Aus diesem Grund konnte auch das Bundesverfahrenszentrum relativ geräuschlos platziert und akzeptiert werden. Das Bundesverfahrenszentrum wird nach einem halben Jahr fertig sein. Anschliessend wird das Thema Kollektivunterkünfte wieder aufgenommen. Der Gemeinderat warnt davor, Liegenschaften mit Plänen anzuschauen und Leute damit zu verärgern. Er wünscht sich eine pragmatische Angehensweise des Problems mit einer hohen Sachlichkeit und Nüchternheit.

Der Rat überweist das Postulat mit 24 : 9 Stimmen und schreibt es mit 22 : 13 Stimmen ab.

16. Postulat P 12/2015 betreffend Erstellen eines Reisemobil-Stellplatzes auf städtischem Gebiet

Alain Kleiner, SVP/FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 20. August 2015; Beantwortung

Alain Kleiner, **SVP/FDP-Fraktion**, ist enttäuscht von der Antwort des Gemeinderates. Der Gemeinderat verweist in seiner Antwort auf den TCS Camping. Dieser Platz ist jedoch nicht zentral. Der Platz soll keine Konkurrenz zum Camping, sondern ein zusätzliches touristisches Angebot sein. Heute ist das Abstellen von Campern bereits möglich. Es wird keine zusätzliche Infrastruktur benötigt. Ein Platz, auf dem zentral und legal parkiert werden kann, genügt bereits. Folgen davon wären weniger Suchverkehr und mehr Sicherheit für die Camper und Camperinnen. In Thun wird viel Geld in touristische Anlagen investiert. Dafür wäre es förderlich, wenn Touristen auch Platz für ihre Fahrzeuge hätten. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Prüfung des Anliegens und erhofft sich im Sinne der Tourismusförderung eine Zustimmung des Rates.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, gibt bekannt, dass es bereits Plätze wie zum Beispiel die Lachenwiese, den Scherzligenparkplatz oder den Munimärtparkplatz gibt. Eine pragmatische Umsetzung wäre durch eine entsprechende Kommunikation mit den Betroffenen möglich. Die Fraktion hilft dabei, das Postulat zu überweisen, wenn auch ohne grosse Begeisterung. Sie hofft auf entsprechende Massnahmen bezüglich Beschilderung und Kommunikation.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, informiert über seine persönliche Betroffenheit von diesem Thema. Die Fraktion kritisiert die Antwort des Gemeinderates, in der er schreibt, zwar einverstanden zu sein, jedoch nichts dafür unternehmen zu wollen. Es stellt sich die Frage, ob der Vorstoss für 15 bis 20 Plätze wirklich etwas übrissen ist. In Thun ist es problematisch, dass der TCS Camping über den Winter geschlossen hat und Fäkalien aus dem Campingwagen beispielsweise nur schlecht entsorgt werden können. Lösungen für Wohnmobilbesitzer, wenn auch nur temporär, sind erwünscht. Die Fraktion wünscht sich eine offensivere Haltung des Gemeinderates.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, erkennt den Bedarf und kann sich Parkmöglichkeiten in der Nähe des Zentrums gut vorstellen. Thun als Vorreiter wäre durchaus wünschenswert. Finanziell könnte das Geld aber möglicherweise sinnvoller ausgegeben werden. Mit entsprechenden Signalisationen, Beschilderun-

gen oder Flyern kann auf Parkmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Hier stellt sich die Frage, wo genau die Parkplätze sein sollen. Die Fraktion sieht nicht ein, warum solche Camper-Parkplätze sehr zentral oder auf Schulplätzen sein müssen. Schlussendlich müssen auch Parkdauer und -kosten beachtet und diskutiert werden. Die Fraktion nimmt den Vorstoss an.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist sich über die unterschiedlichen Ansprüche von Reisemobil- und Camper-Benutzenden bewusst. Kostenlose Parkplätze für Camper sollen nicht angeboten werden. Grössere und speziell gekennzeichnete Parkfelder können aber durchaus diskutiert werden. Zudem kann die Beschilderung optimiert werden. Im Bezug auf die Stromversorgung sollten, insbesondere auch durch die zunehmende Elektrifizierung der Fahrzeuge, verschiedene Kombinationsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth gibt zu, dass der Gemeinderat das Problem eventuell etwas unterschätzt hat. Der Gemeinderat empfiehlt nichts desto trotz die Annahme des Postulats. Es braucht eine pragmatische und kostengünstige Lösung. Es ist nicht unbedingt Aufgabe der Öffentlichkeit, noch mehr Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat ist bereit dazu, private Initiativen zu unterstützen. Mit der Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation soll vermehrt zusammengearbeitet werden. Möglicherweise bestehen Probleme in der Kommunikation mit Campierenden. Sie macht darauf aufmerksam, dass es in Thun eine Entsorgungsstelle für Fäkalien gibt. Auf eine einfache Art und Weise soll ein besseres Angebot gefunden und darüber informiert werden.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig.

17. Fragestunde

F1/2016 betreffend Internetnutzung; Beantwortung

F2/2016 betreffend Haltung des Gemeinderates zur Durchsetzungsinitiative; Beantwortung

Die schriftlichen Antworten des Gemeinderates liegen auf.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger weist auf die ablaufende Anmeldefrist des Skitags vom 5. März 2016 hin.

Der Stadtratspräsident informiert über den Ausfall der nächsten Stadtratssitzung vom 10. März 2016.

Er gratuliert Stadtrat Reto Schertenleib zur Geburt seines Sohnes.

Ferner kündigt er den Thuner Jugend-Zukunftstag vom Samstag, 2. April 2016, an. Um 14.00 Uhr beginnt der Zukunftstag mit einer Diskussion und Workshops, ab 15.30 Uhr findet eine Diskussion mit Stadt- und Gemeinderat mit anschliessendem Apéro statt. Anmeldeschluss ist der 29. März 2016.

Gemeinderat Roman Gimmel schlägt dem Stadtrat ein Alternativprogramm für die ausfallende Stadtratssitzung vom 10. März 2016 vor. Er zu einem Abend auf der Kunsteisbahn ein. Eine detaillierte Einladung folgt.

Der Stadtratspräsident erinnert an den anschliessenden Rundgang zum Thema "ich muss nicht ans Meer" im Kunstmuseum Thun.

Er verabschiedet Jürg Alder und dankt ihm für die wertvolle Unterstützung während den vergangenen 21 Jahren, in denen er die Geschäfte des Rates der Öffentlichkeit vorgestellt und für "Thun! Das Magazin" geschrieben hat. Seine professionelle und zuvorkommende Arbeit wurde sehr geschätzt. Im Namen des ganzen Stadtrates wünscht er ihm für den kommenden Lebensabschnitt viel Gesundheit und alles Gute. (Applaus)

Eingänge

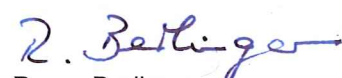
Es sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Der Stadtratspräsident



Matthias Wiedmer

Der Stadtratssekretär



Remo Berlinger